



Niederschrift

11. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 11.02.2015
Sitzungsbeginn:	17:10 Uhr
Sitzungsende:	20:46 Uhr
Ort, Raum:	R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs Oberbürgermeister

Ausschussmitglieder

Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Herr Marcus Krause	SPD	
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	
Frau Dr. Uta Wegewitz	SPD	
Herr Günter Anger	CDU/ANW	ab 17:14 -20:28 Uhr
Herr Matthias Finken	CDU/ANW	
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW	ab 17:13 Uhr
Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90	
Herr Peter Schüller	Grüne/B90	
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis-FDP	bis 20:00 Uhr
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten/ BVB Freie Wähler	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	SPD	
Herr Dennis Hohloch	AfD	ab 17:16 Uhr

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Mike Schubert	SPD	entschuldigt
Herr Carsten Linke	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Lothar Wilhelm Wellmann	AfD	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB Zentrale Steuerung und Service	Herr Klipp GB Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt
Frau Dr. Magdowski, GB Bildung, Kultur und Sport	Herr Nicke, Pro Potsdam
Frau Müller-Preinesberger, GB für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung	Frau Jäger, ver.di
Herr Kümmel, Büro des Oberbürgermeisters	Herr Glaser, Herr Griebner, ViP
Frau Ziegenbein, Schriftführerin	weitere Gäste – siehe Gästeliste

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
21.01.2015
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Erhalt des Standortes der WagenHausBurgHermannswerder
Vorlage: 12/SVV/0468
Fraktion DIE LINKE
- 3.2 Park & Ride Parkplatz im Süd-Westen
Vorlage: 14/SVV/0896
Fraktion CDU/ANW, Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler
- 3.3 Verkehrsrat
Vorlage: 14/SVV/0900
Fraktion CDU/ANW
- 3.4 Zukunftsprogramm 2019
Vorlage: 14/SVV/1090
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
- 3.5 Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 - Liste der Bürgerinnen
und Bürger
- 3.5.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Nummer 1: Kein Stadtgeld für Stadtkanal und Garnisonkirche
14/SVV/1058
- 3.5.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Nummer: 2 Kein Kauf und Abriss des Hotels "Mercure"
14/SVV/1059
- 3.5.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Nummer: 4 Nowawiese nicht an die Schlösserstiftung übergeben
14/SVV/1061
- 3.5.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Nummer: 6 Tierheim fördern
14/SVV/1063

- 3.5.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 9 Kostenlose Nutzung Öffentlicher Nahverkehr
14/SVV/1066
- 3.5.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 13 Volkspark erhalten und ausbauen und Wohnqualität erhalten
14/SVV/1070
- 3.5.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 15 Bessere Planung des Öffentlichen Nahverkehrs
14/SVV/1073
- 3.5.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 19 Förderung Nachbarschaftshaus 'Scholle 34'
14/SVV/1077
- 3.6 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015/2016
Vorlage: 14/SVV/1088
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen
- 3.7 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunalen Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2015
Vorlage: 14/SVV/1045
Oberbürgermeister, Kommunalen Immobilien Service
- 3.8 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH
Vorlage: 15/SVV/0015
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 3.9 Beiratsordnung Städtepartnerschaften
Vorlage: 15/SVV/0019
Oberbürgermeister, Bereich Marketing
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Weiterentwicklung und Umbenennung der SIKO zu einer Servicestelle "Tolerantes und sicheres Potsdam"
Vorlage: 14/SVV/1093
Oberbürgermeister, SIKO
- 4.2 Förderprogramme zur Unterstützung von kleinen Unternehmen und Kleinstunternehmen in der Landeshauptstadt Potsdam - Verlängerung der Richtlinien für das Jahr 2015
Vorlage: 14/SVV/1042
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

- 4.3 "Scholle 51"
Vorlage: 14/SVV/1133
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4.4 Gespräche mit der TLG zur Kaufhalle Bisamkiez
Vorlage: 14/SVV/1148
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.5 Sicherung der öffentlichen Zugänglichkeit der Parkanlagen am Pfingstberg und Nutzung des Parks der Villa Henckel und der Villa Schlieffen in der Potsdamer Weinmeisterstraße
- 4.6 Präsentation der Ergebnisse zum Bewirtschaftungskonzept Volkspark
- 4.7 Sachstandsbericht 110-KV-Leitung
Gemäß Beschluss: 14/SVV/0381
- 4.8 Information - gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses mit dem Kreisausschuss Potsdam Mittelmark
gemäß Beschluss: 09/SVV/0960
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.01.2015

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister folgende Änderungen vor:

- unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen der Verwaltung“ werde über die Berufungseinlegung Luftschiffhafen und die gemeinsame Anlaufstelle der Polizei und des Ordnungsamtes in der Tuchmacherstraße 38 informiert,
 - die Tagesordnungspunkte 3.2 und 4.8 sollen zusammen behandelt werden.
- Über das SAGO-Gelände und die Stellungnahme der Kommunalaufsicht könne nur im nicht öffentlichen Teil berichtet werden. Dies u.a. deshalb, weil das

Innenministerium die Weitergabe seiner Stellungnahme zu einem nicht öffentlichen Sachverhalt gerügt habe. Zwar habe nicht die Stadt diese Informationen an die Presse weitergegeben, sondern ausschließlich die Fraktionen informiert; trotzdem nehme er den Hinweis ernst.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die zu diesem Zeitpunkt stattfindende Demonstration des Tierschutzvereins vor dem Stadthaus und die aktuell aufgetretenen Probleme mit der Wasserver- und Abwasserentsorgung. Dazu sollte im öffentlichen Teil Stellung genommen werden.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 10. Sitzung des Hauptausschusses vom 21.01.2015 gibt es keine Einwände; die Niederschrift wird mit 13 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Erhalt des Standortes der WagenHausBurgHermannswerder

Vorlage: 12/SVV/0468

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister verweist auf die in der letzten Sitzung des Hauptausschusses getroffene Verabredung, über eine Zeitschiene zum weiteren Vorgehen zu informieren.

Herr Exner betont, dass der weitere Verlauf vom zweiten Gutachten zur Schadstoffbelastung der Gebäude abhänge. Trotzdem bleibe es Ziel, bis Mitte des Jahres die Angelegenheit abzuschließen. Wenn sich die Anzeichen verdichten, dass konkrete Fristen benannt werden können, werde er den Hauptausschuss informieren. Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, bis wann das genannte Gutachten vorliegen werde, entgegnet er, dass der März in Rede stehe.

Daraufhin wird verabredet, den Antrag im März wieder in die Tagesordnung aufzunehmen und bis dahin **zurückzustellen**.

zu 3.2 Park & Ride Parkplatz im Süd-Westen

Vorlage: 14/SVV/0896

Fraktion CDU/ANW, Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler

Der Oberbürgermeister geht kurz auf den Inhalt des Antrags ein, mit den zuständigen Stellen im Landkreis Potsdam Mittelmark Gespräche zu führen, um zu prüfen, ob am Werderpark in Werder ein ggf. nur temporärer und provisorischer Park & Ride Parkplatz eingerichtet werden und zeitgleich ein attraktives ÖPNV-Angebot angeboten kann.

Dieses Thema sollte sinnvoller Weise in einer gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses mit dem Kreisausschuss Potsdam-Mittelmark besprochen werden. Bisherige Terminvorschläge seien seitens des Landkreises abgesagt worden, so dass jetzt jeweils der Termin der ersten Hauptausschusssitzung im Monat angeboten werde. Er bittet die Fraktionen, ihre Verbindungen in den Landkreis zu nutzen und für diese gemeinsame Sitzung zu werben.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass sich die Fraktion DIE LINKE bereits darum bemüht habe. Nach seiner Kenntnis begründe sich die Absage darin, dass die zu besprechenden Themen nicht bekannt seien. Er bittet, die vereinbarten Themen

dem Landkreis zu übermitteln.

Der Oberbürgermeister sagt dies zu, obwohl er meine, dass dies bekannt sein müsste.

Der Antrag, **Park & Ride Parkplatz im Süd-Westen**, wird zurückgestellt.

zu 3.3

Verkehrsrat

Vorlage: 14/SVV/0900

Fraktion CDU/ANW

Herr Finken bringt die neue Fassung zum o.g. Antrag ein und bittet um eine Korrektur auf Seite 4, 3. Absatz, Verkehrstisch soll durch „Begleitkreis“ ersetzt werden.

Herr Dr. Scharfenberg signalisiert für die Fraktion DIE LINKE Zustimmung zu dieser Fassung des Antrags. Die dem Antrag beigefügte Aufzählung sehe er als Empfehlung, die in der weiteren Umsetzung Berücksichtigung finden soll.

Herr Schultheiß plädiert dafür, in den Begleitkreis die ViP und die Wassertaxi GmbH mit aufzunehmen sowie Vertreter der Fraktionen.

Herr Finken spricht sich dagegen aus, da nur die im Begleitkreis mitwirken sollen, die nicht an der Umsetzung der Empfehlungen beteiligt sind. Die Genannten einzuladen und ihnen eine Mitwirkung zu ermöglichen sei jedoch nicht ausgeschlossen.

Anschließend wird die neue Fassung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Oberbürgermeister wird beauftragt:

ein „Verkehrsforum“ einzurichten, das dazu dient, eine stärkere und vor allem kontinuierliche Einbeziehung von Fachleuten, Interessenverbänden, der Wissenschaft sowie der Einwohnerschaft in Diskussionen und Entscheidungen zum Verkehr zu schaffen.

Das „Verkehrsforum“ soll ein- bis zweimal jährlich stattfinden und sich mit zentralen Fragen der Verkehrsentwicklung sowie konkreten Verkehrsmaßnahmen und -projekten beschäftigen.

Zur Auswahl der Themen sowie der Vor- und Nachbereitung der Veranstaltungen wird ein Begleitkreis berufen. Er besteht aus bis zu zehn Mitgliedern, die verschiedene Interessengruppen und Erfahrungen repräsentieren. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung einen Vorschlag für die Besetzung des Begleitkreises zu unterbreiten.

Die Ergebnisse der Veranstaltungen und der Begleitkreissitzungen sollen den zuständigen Ausschussvorsitzenden zur Behandlung vorgeschlagen werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	15
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 3.4 **Zukunftsprogramm 2019**

Vorlage: 14/SVV/1090

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

Der Oberbürgermeister verweist auf das Verfahren, in dem sich der Ausschuss für Finanzen federführend mit allen Haushaltsvorlagen abschließend befassen und dazu votieren werde.

Er empfiehlt, dass der Hauptausschuss sich nur zu den Bürgerhaushaltsvorschlägen positioniere und alle anderen zur Kenntnis nehme. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Bezüglich des vorliegenden Zukunftsprogramms, so Herr Exner, werde er in der nächsten Woche eine angepasste Formulierung vorlegen, da der jetzige Vorschlag nicht mehr mit dem in der letzten Sitzung des Hauptausschusses gefassten Beschluss (1. Satzung zur Änderung der Hebesatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam) übereinstimme.

Bezüglich der Nachfrage von Frau Dr. Schröter, wie sich die 11 Mio. zusätzliche Gewerbesteuererinnahmen auswirken, verweist Herr Exner auf die am Montag auszureichende Änderungsliste der Verwaltung zum Haushalt.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 3.5 **Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 - Liste der Bürgerinnen und Bürger**

zu 3.5.1 **Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 1: Kein Stadtgeld für Stadtkanal und Garnisonkirche 14/SVV/1058**

Der Oberbürgermeister verweist eingangs darauf, dass sowohl der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr als auch der Ausschuss für Finanzen die Ablehnung dieses Vorschlags empfehlen.

Herr Dr. Scharfenberg meint, dass diesem Vorschlag durchaus zugestimmt werden könne, wenn das der Beschlusslage entspreche.

Herr Heuer betont, dass Stadtkanal und Garnisonkirche unterschiedlich zu bewerten seien, denn für den Stadtkanal wurden und werden öffentliche Mittel in Anspruch genommen.

Herr Schüler betont, dass für die Garnisonkirche im Haushalt 2015/16 kein Geld eingestellt sei und somit dem Vorschlag entsprochen wurde.

Der Oberbürgermeister stellt den Vorschlag Nr. 1 aus dem **Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger'** mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung:

Es sollte kein städtisches Geld für die Wiedererrichtung des Stadtkanals oder der Garnisonkirche bereitgestellt werden. Die Baukosten sollten von denjenigen übernommen werden, die sie haben wollen. Dazu zählt auch die Übernahme der jährlichen Nebenkosten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	13
Stimmenthaltung:	0

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Vorschlag **abzulehnen**.

zu 3.5.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 2 Kein Kauf und Abriss des Hotels "Mercure" 14/SVV/1059

Der Oberbürgermeister verweist eingangs darauf, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sowie der Ausschuss für Finanzen aus diesem Vorschlag den 2. Satz gestrichen haben und den ersten Satz zur Zustimmung empfehlen.

In der sich anschließenden Diskussion wirbt Herr Heuer für die Zustimmung in der von den genannten Ausschüssen empfohlenen Fassung; dem schließt sich Herr Dr. Scharfenberg an.

Herr Schultheiß sieht den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt an.

Anschließend stellt der Oberbürgermeister die Streichung des 2. Satzes zur Abstimmung. Die Streichung wird **einstimmig angenommen**.

Die so geänderte Fassung wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Potsdam sollte keine Steuergelder zum Ankauf des Mercure Hotel verwenden, um es abzureißen. ~~Solche sollte DDR-Architektur im Zentrum von Potsdam erhalten bleiben, auch wenn es nicht jeden gefällt.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	2

zu 3.5.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 4 Nowawiese nicht an die Schlösserstiftung übergeben 14/SVV/1061

Die Ausschüsse für Finanzen und für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfehlen die Ablehnung des Antrags; der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr hat nur den ersten Satz des Vorschlags zur Abstimmung gestellt und empfiehlt ebenfalls die Ablehnung.

Der Oberbürgermeister betont, dass seitens der Stadtverwaltung nicht die Absicht bestehe, die Grundstücke auf dem Vorplatz des Babelsberger Parks an die Schlösserstiftung zu übergeben. Die im Weiteren enthaltenen Vorschläge seien problematisch und deshalb abzulehnen.

Der Vorschlag **Nummer: 4** aus dem **Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nowawiese nicht an die Schlösserstiftung übergeben** wird mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Die Stadt Potsdam soll die Grundstücke auf dem Vorplatz des Babelsberger Parks nicht an die Schlösserstiftung übergeben. Stattdessen sollte der gesamte Grünstreifen zwischen Nutheschneelstraße und Park Babelsberg an den Verein SV Concordia Nowawes verkauft oder verpachtet werden. Durch eine Übergabe an einen gemeinnützigen Kinderfußballverein kann eine Freizeitnutzung für Sport und Erholung sicherstellen. Die Fläche sollte zur Nutzung für den Freizeitsport erhalten und behutsam entwickelt werden. Eine Verpachtung oder ein Verkauf würde zusätzliche Finanzmittel in die Stadtkasse bringen.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei 5 Ja-Stimmen.

zu 3.5.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 6 Tierheim fördern 14/SVV/1063

Der Ausschuss für Finanzen hat diesen Antrag zurückgestellt und der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt einstimmig, diesem zuzustimmen.

Herr Schüler betont in seinen Ausführungen, dass die Stadt gut daran täte, dieses Projekt mit Wohlwollen zu begleiten, was nicht eine finanzielle Beteiligung bedeute, aber eine Förderung des Vorhabens. Deshalb empfehle er, diesem Vorschlag in Form eines Prüfauftrags zuzustimmen.

Herr Dr. Scharfenberg signalisiert die Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, weil es Probleme gebe, die mit Hilfe der Stadt gelöst werden können. Außerdem gebe es einen eindeutigen Beschluss dazu und nun müsse das „Wie“ untersetzt werden.

Der Oberbürgermeister betont, dass damit keine über die bisher gelaufene finanzielle Förderung hinausgehende gemeint sein könne. In der Regel beinhalte die Formulierung „Förderung“ eine finanzielle – das sei zumindest eine Frage der Sichtweise. Hier stoße die Stadt jedoch an ihre Grenzen. Herr Heinzel schließt sich den Ausführungen an; hier könne nur eine „ideelle Förderung“ gemeint sein. Herr Heuer schließt sich dem Vorschlag an, einem Prüfauftrag zuzustimmen.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, was genau denn geprüft werden solle, entgegnet Herr Schüler, dass bis zur Sitzung des Ausschuss für Finanzen darüber informiert werde. Herr Schultheiß meint, eine Prüfung entspreche nicht dem Anliegen dieses Bürgerhaushaltsvorschlags, der damit auch völlig verändert werde.

Herr Kirsch hält die Variante eines Prüfauftrages mit der Ergänzung, wie diese Förderung aussehen solle, für zustimmungsfähig.

Eines weiteren Beschlusses, so der Oberbürgermeister, bedarf es nicht, da die Stadt hier schon sehr aktiv war, z.B. bei der Bereitstellung eines Grundstücks. Ebenso sieht Herr Finken den Antrag als erfüllt an.

Im Ergebnis der Diskussion wird folgende Formulierung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie eine zügige Einrichtung und Förderungen eines Potsdamer Tierheims stattfinden kann.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei 4 Nein-Stimmen.

Herr Dr. Scharfenberg bittet, in der Niederschrift festzuhalten, dass die Fraktion DIE LINKE mit „nein“ gestimmt habe, weil sie die ursprüngliche Fassung des Vorschlags befürworte.

zu 3.5.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 9 Kostenlose Nutzung Öffentlicher Nahverkehr 14/SVV/1066

Die Ausschüsse für Finanzen, für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung sowie der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfehlen die Ablehnung des Antrags.

Herr Schüler empfiehlt, diesem Vorschlag in Form eines Prüfauftrages zuzustimmen. Zu diesem Thema habe es schon einen Workshop gegeben und in diesem Sinne sollte das Anliegen weiter untersucht und qualifiziert werden.

Herr Dr. Scharfenberg beantragt eine Änderung des Vorschlagtextes wie folgt:

Es ist zu prüfen, wie man sich dem Ziel (**Kostenlose Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs**) stufenweise nähern kann.

Herr Schultheiß betont, dass er mit Änderungsanträgen zu Bürgerhaushaltsvorschlägen Schwierigkeiten habe, da sie den Bürgerwillen verändern. Herr Schüler entgegnet, dass er sich dafür eingesetzt habe, die Bürgerhaushaltsvorschläge wie Anträge zu behandeln und damit sei auch eine Änderung des Beschlusstextes legitim.

Die von Herrn Dr. Scharfenberg vorgeschlagene Fassung wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Es ist zu prüfen, wie man sich dem Ziel (**Kostenlose Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs**) stufenweise nähern kann.

Abstimmungsergebnis:
Zustimmung: 8
Ablehnung: 4
Stimmenthaltung: 5

zu 3.5.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 13 Volkspark erhalten und ausbauen und Wohnqualität erhalten 14/SVV/1070

Die Ausschüsse für Finanzen und für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfehlen die Ablehnung des Antrags; der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung stimmt in der Fassung eines

Prüfauftrages dem Anliegen zu.

Frau Dr. Schröter beantragt die Änderung des Beschlusstextes wie folgt:

Es soll geprüft werden, welche konkreten Maßnahmen, auch mit Blick auf die künftige Nutzung der Biosphäre, eingeleitet werden können, um eine bessere Nutzung der Freiflächen für die aktive Erholung zu erreichen.

Der Oberbürgermeister bittet, diesen Vorschlag abzulehnen, weil ansonsten das Finanzierungskonzept für den Volkspark und dieses Entwicklungsgebiets „auf den Kopf“ gestellt werde. Er verweist auf den in der letzten Sitzung des Hauptausschusses gefassten Beschluss, ein Interessenbekundungsverfahren durchzuführen – mit der jetzigen Formulierung sei keine weitere Wohnbebauung mehr möglich.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass mit dem Änderungsantrag unterstrichen werde – der Volkspark hat sich etabliert. Und das soll erhalten und gleichzeitig weiter entwickelt werden.

Damit, so der Oberbürgermeister, habe der Bürgerhaushaltsvorschlag aber eine völlig andere Zielstellung und, so Herr Heinzl, werde die angedachte Entwicklung konterkariert.

Der Änderungsantrag mit o.g. Wortlaut wird zur Abstimmung gestellt und mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**, bei 4 Ja-Stimmen.

Anschließend wird der Vorschlag **Nummer: 13** aus dem **Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Volkspark erhalten und ausbauen und Wohnqualität erhalten** zur Abstimmung gestellt:

Der Volkspark muss in seinen Umfängen inkl. Biosphäre erhalten bleiben und sollte sportlich ausgebaut werden, zum Beispiel durch die Schaffung eines Baseballfeldes. Bisher gibt es davon nur eines in Potsdam. Es sollte im Park mehr Sitzecken geben. Man kann auch über Kneippbäder nachdenken. Es gibt im Potsdamer Norden immer weniger Spielplätze und Freiflächen durch eine maßlose Bebauung. Die Parkplätze werden immer weniger. Hier findet momentan einer Zerstörung der Wohnqualität statt.

Abstimmungsergebnis:

mit 13 Nein-Stimmen **abgelehnt**,
bei 4 Stimmenthaltungen.

zu 3.5.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 15 Bessere Planung des Öffentlichen Nahverkehrs 14/SVV/1073

Die Ausschüsse für Finanzen, für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sowie für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung stimmten dem Vorschlag in der Fassung eines Prüfauftrages zu.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, dieser Empfehlung zu folgen und stellt den so geänderten Vorschlag zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine verbesserte Planung der öffentlichen Nahverkehrs unter Einbeziehung folgender Hinweise **zu prüfen**:

1. Einrichtung einer direkten Busverbindung von Eiche/Golm und Bornim,

2. bessere Anbindung Eiche an den öffentlichen Nahverkehr, bspw. über eine Busspur,
3. Nachtverkehr: Verbindungen auch nach 20 Uhr aufrecht erhalten,
4. Anschlüsse des Potsdamer Öffentlichen Nahverkehrs an das Bahnnetz verbessern,
5. Busse 609 und 695 zukünftig über Jägerallee fahren lassen,
6. Busse 605 und 606 im engeren Stadtgebiet unterschiedliche Routen fahren lassen (bspw. über Friedenskirche),
7. Nahverkehr von und nach Marquardt: werktags halbstündig, am Wochenende stündlich.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

Herr Dr. Scharfenberg bittet, in der Niederschrift festzuhalten, dass die Fraktion DIE LINKE die ursprüngliche Fassung des Vorschlags befürwortet.

zu 3.5.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 19 Förderung Nachbarschaftshaus 'Scholle 34' 14/SVV/1077

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft hat den Vorschlag **zurückgestellt**, der Ausschuss für Finanzen hat dem Vorschlag zugestimmt.

Da kein Redebedarf besteht wird der Vorschlag **Nummer 19** aus dem **Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Förderung Nachbarschaftshaus 'Scholle 34'** zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die ehemalige Großgaststätte „Charlottenhof“ soll nach vielen Jahren Leerstand wiederbelebt werden - als Nachbarschaftshaus für alle Menschen im Stadtteil und darüber hinaus. Nach einer Ideenwerkstatt des Stadtteilnetzwerks Potsdam-West im November 2013, hat eine daraus hervorgegangene Arbeitsgruppe ein Konzept für die „Scholle 34“ erstellt (www.scholle34.de). Ziel dieses Vorschlags ist eine ideelle, aber auch finanzielle Unterstützung der Stadt Potsdam für die Sanierung des Hauses. Im Jahr 2015 und 2016 soll das Außengelände der „Scholle 34“ mit vielfältigen Nutzungsbereichen in Eigenarbeit gestaltet werden, wofür Material und Werkzeug benötigt wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	16
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3.6 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015/2016

Vorlage: 14/SVV/1088

Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen

Gemäß der Verabredung unter Tagesordnungspunkt 3.4 befasst sich der Hauptausschuss ausschließlich mit dem Haushalt des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters; der Ausschuss für Finanzen wird als federführender Ausschuss die Haushaltssatzung insgesamt beraten.

Herr Jetschmanegg führt dazu per visueller Darstellung (die allen Mitgliedern des Hauptausschusses als hand out zur Verfügung gestellt wird) aus, dass insbesondere 3 Themen im Focus der Betrachtung der Haushaltsplanung des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters stehen:

- I Stellenplan- und Personalentwicklung
- II Standortmanagement Bildungsforum
- III Engagement der städtischen Unternehmen zum Schulentwicklungsplan

Im Weiteren erläutert Frau Krusemark die Umsetzung der Absenkung der Kennzahl Personalstellen je 1.000 Einwohner von 11,84 in 2015 um jährlich 0,05 auf 11,65 in 2019 auf Grundlage des Beschlusses der StVV vom 02.04.2014 zur Refinanzierung des Schulentwicklungsplanes. Sie geht u. a. auf den Verteilungsschlüssel der zusätzlich zu planenden Stellen 2015 ein und beantwortet die Rückfragen.

Zum Standortmanagement Bildungsforum führt Frau Dr. Sommer aus, dass das Bildungsforum in seiner Funktion als „integrierte“ Einrichtung auszurichten, zu etablieren und weiter zu profilieren und ein Standortmanagement zu entwickeln sei.

Bezüglich des Engagements der städtischen Unternehmen zur Umsetzung des Schulentwicklungsplanes verweist Herr Jetschmanegg auf ein Letter off Intend zwischen der SWP, ProPotsdam, Klinikum und der Landeshauptstadt Potsdam. Er erläutert die damit vereinbarten Schwerpunkte sowie die Beteiligung der einzelnen städtischen Unternehmen.

Nach Beantwortung einzelner Nachfragen wird die Haushaltssatzung zur Kenntnis genommen.

zu 3.7 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunalen Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2015

Vorlage: 14/SVV/1045

Oberbürgermeister, Kommunalen Immobilien Service

Hierzu besteht kein Redebedarf; der Wirtschaftsplan wird zur Kenntnis genommen.

zu 3.8 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH

Vorlage: 15/SVV/0015

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Der Oberbürgermeister verweist eingangs darauf, dass entsprechend des überarbeiteten Mustergesellschaftsvertrages, den die Stadtverordnetenversammlung auf Grund der Änderung der Kommunalverfassung und der Empfehlungen der Transparenzkommission beschlossen habe, nun auch der Gesellschaftsvertrag der Stadtwerke überarbeitet wurde.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass im Paragraphen 10 (neu) die Aufgaben des Aufsichtsrates stark eingeschränkt worden seien. Er beantragt, die ursprüngliche Fassung (§11 alt) beizubehalten.

Frau Hartmann verweist nochmals auf den Mustergesellschaftsvertrag und darauf, dass auf dieser Grundlage bereits andere Gesellschaftsverträge, wie z. B. der der Pro Potsdam angepasst wurden. Nunmehr gebe der Aufsichtsrat eine Beschlussempfehlung an die Gesellschafterversammlung.

Herr Schüler spricht sich dafür aus, die in der Transparenzkommission geführte Diskussion nicht zu wiederholen und die Ergebnisse und in deren Folge die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung nicht ad absurdum zu führen.

Der Änderungsantrag von Herrn Dr. Scharfenberg, den jetzigen § 10 Abs. 4 in der Fassung des ehemaligen § 11 Abs. 4 zu beschließen, wird zur Abstimmung gestellt und mit 8 Nein-Stimmen, bei 6 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Erhöhung des Stammkapitals der Stadtwerke Potsdam GmbH auf 10.000 T€ und
2. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	7

— **zu 3.9 Beiratsordnung Städtepartnerschaften**

Vorlage: 15/SVV/0019

Oberbürgermeister, Bereich Marketing

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein. Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, warum der Beirat ausschließlich aus Stadtverordneten bestehe und nicht mit Personen, die entsprechende Erfahrungen haben, wie z.B. die Städtepartnerschaftsvereine besetzt sei. Frau Dr. Sommer begründet diesen Vorschlag damit, dass Städtepartnerschaften Angelegenheit der Stadtverordnetenversammlung sei. Wenn der Hauptausschuss empfehle, so wie bisher zu verfahren, wäre das auch in Ordnung. Allerdings sei die Vertretung der Städtepartnerschaftsvereine insofern hinderlich, weil der Beirat die Zuwendungen an diese vergebe.

Im Ergebnis der Diskussion schlägt der Oberbürgermeister vor, im § 1 den Abs. 2 zu streichen. Die Beschlussvorlage wird mit dieser Änderung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt beschließen:

Beiratsordnung der Landeshauptstadt Potsdam für den Beirat für Städtepartnerschaften gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 4.1 Weiterentwicklung und Umbenennung der SIKO zu einer Servicestelle
"Tolerantes und sicheres Potsdam"**

Vorlage: 14/SVV/1093

Oberbürgermeister, SIKO

Herr Jetschmanegg erläutert per Power-Point-Präsentation die Historie der SIKO, die 1994 auf Grundlage eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung „Konzept des Inneren Friedens und der Inneren Sicherheit“ (DS 94/0579/1) ihre Arbeit aufnahm und deren zukünftige Aufgabenfelder.

Der Oberbürgermeister bedankt sich bei Frau Dr. Löbel für die bislang geleistete Arbeit und ihr Engagement, mit welchem zukünftig auch die Servicestelle "Tolerantes und sicheres Potsdam" erfolgreich arbeiten werde.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 4.2 Förderprogramme zur Unterstützung von kleinen Unternehmen und
Kleinstunternehmen in der Landeshauptstadt Potsdam - Verlängerung der
Richtlinien für das Jahr 2015**

Vorlage: 14/SVV/1042

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Herr Frerichs erläutert die vorliegende Mitteilungsvorlage, die anschließend zur Kenntnis genommen wird.

zu 4.3 "Scholle 51"

Vorlage: 14/SVV/1133

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Frau Dr. Magdowski bestätigt auf Nachfrage, dass dieses Vorhaben unterstützt werde, aber im Haushalt 2015/16 bislang keine finanziellen Mittel dafür eingestellt sind.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.4 Gespräche mit der TLG zur Kaufhalle Bisamkiez

Vorlage: 14/SVV/1148

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Klipp bestätigt, dass die in der Mitteilungsvorlage erwähnte Antwort der TLG noch ausstehe. Herr Dr. Scharfenberg plädiert dafür, für die Umsetzung einer kleinflächigen Nahversorgung zu werben und die Stellungnahme der TLG einzufordern.

Herr Goetzmann entgegnet, dass die TLG sich im Grunde eine kleine Versorgungseinrichtung, gemischt mit Wohnen, vorstellen könne. Gleichzeitig fehle es aktuell an einem Interessenten für eine Nahversorgung.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.5 **Sicherung der öffentlichen Zugänglichkeit der Parkanlagen am Pfingstberg und Nutzung des Parks der Villa Henckel und der Villa Schlieffen in der Potsdamer Weinmeisterstraße**

Herr Goetzmann informiert, dass es derzeit keine wesentlichen Neuigkeiten gebe. Zwei Antragskonferenzen haben mit den beteiligten Stellen stattgefunden und man sei nach wie vor bemüht, die Differenzen zwischen den denkmalpflegerischen Aspekten und der öffentlichen Zugänglichkeit auszuräumen. Noch gebe es keine konkreten Ergebnisse und werde noch weitere Zeit benötigt. Zwei Termine seien bereits verabredet jeweils für Februar und März.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, welche Arbeiten den aufgestellten Zaun rechtfertigen, verweist Herr Goetzmann auf die derzeit durchgeführten Baumfällungen und weitere Arbeiten zur Rekonstruktion. Auf die Nachfrage von Herrn Schüler nach einem Zeitplan für die öffentliche Zugänglichkeit von Teilen der Anlage, betont er, dass dies Gegenstand der genannten Gespräche sei.

zu 4.6 **Präsentation der Ergebnisse zum Bewirtschaftungskonzept Volkspark**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Müller-Zinsius von der Pro Potsdam und Frau Kornhardt vom Entwicklungsträger Bornstedter Feld.

An Hand einer Power-Point-Präsentation (Anlage zur Niederschrift) erläutert Herr Müller-Zinsius, dass Anlass des Gutachtens die Untersuchung der künftigen Bewältigung des Besucheraufkommens im Volkspark sei. Dies sowohl im normalen Wochenendbetrieb (ohne Sonderveranstaltungen), bei Großveranstaltungen (Feuerwerkersinfonie) und bei großen Familienfesten (Drachenfest, Ritterfest). Dies deshalb, weil infolge der städtebaulichen Entwicklung des Quartiers Rote Kaserne West bis 2020 als Wohnquartier/Schulstandort die heutigen Stellplätze nicht mehr zur Verfügung stehen. Im Weiteren geht er auf Besucherzahlen des Volksparks, die Bestandsnutzung und den bauordnungsrechtlichen Nachweis von Stellplätzen sowie die Stellplatznutzung und das Stellplatzangebot 2020 ein.

Im Weiteren trägt er Anlass und Ziel des Lärmmonitorings Volkspark Potsdam 2014 vor und erläutert die Beschwerdestatistik 2014, die Maßnahmen 2014 zum Lärmmonitoring und geht auf zukünftige Maßnahmen zum Lärmschutz ein.

Darüber hinaus geht er auf den seit 2003 bestehende Beirat BUGA-Nachnutzung ein, der auf Grundlage des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung (02/SVV/0950) gebildet wurde und in der Vereinbarung § 9 des Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH zur Bewirtschaftung des Volkspark Potsdam und des Lustgartens verankert ist.

Er schlägt vor, die **Aufgaben/Zuständigkeit des Beirates BUGA-Nachnutzung in bestehenden Gremien** zu bündeln und auf den Beirat BUGA-Nachnutzung zugunsten klarerer Zuständigkeiten und einer Verschlinkung von Organisationsstrukturen zukünftig zu verzichten.

Stattdessen solle der Entwicklungsträger einmal jährlich einen Jahresbericht über die Bewirtschaftung des Volksparks und des Lustgartens im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr erstatten und sollen die sich aus dem

Wohnumfeld des Volksparks ergebenden Abstimmungsbedarfe zur Bewirtschaftung des Volksparks vierteljährlich mit der Interessenvertretung Bornstedter Feld erörtert werden.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich seitens des Hauptausschusses kein Widerspruch. Da es sich um einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung handelt, ist dieser aufzuheben und der Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Pro Potsdam entsprechend zu ändern.

Herr Klipp wird beauftragt, Entsprechendes zu veranlassen.

zu 4.7 Sachstandsbericht 110-KV-Leitung Gemäß Beschluss: 14/SVV/0381

Herr Kümmel trägt an Hand visueller Darstellung den Sachstandsbericht vor. Die Stadtverordnetenversammlung habe am 07.03.2012 beschlossen, Verhandlungen mit dem Leitungsnetzbetreiber aufnehmen und nach Alternativen für Marquardt und Golm zu suchen. Am 26.03.2014 sei im Hauptausschuss festgelegt worden, Verhandlungen zur Umverlegung der Trasse um Golm zu führen. Dies unter der Maßgabe, dass kostenauslösende Planungen erst beginnen, wenn Vereinbarungen mit allen Grundstückseigentümern zum Wertausgleich geschlossen und die Gesamtkosten gesichert seien. Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12.05.2014 sei der Auftrag an die Kommunale Bewertungsstelle zur Ermittlung des Wertzuwachses der Golmer Grundstücke erteilt worden.

Am 03.07.2014 wurde der Vertrag zwischen Landeshauptstadt Potsdam (LHP) und der E.DIS AG zur Umverlegung der Trasse um Marquardt mit Kostenübernahme durch die LHP geschlossen, was im Weiteren die

- Einholung der Zustimmung aller Grundstückseigentümer für die Umgehungsstrasse und die
- naturschutzrechtliche Genehmigung der Unteren Naturschutzbehörde zur Folge hatte. Diese Genehmigung sei am 23.12.2014 erteilt worden.

Von Seiten der LHP liegen alle Voraussetzungen vor, so dass die E.DIS AG die Umverlegung um die Ortslage Marquardt realisieren kann.

Bezüglich der Umverlegung der Trasse im Ortsteil Golm sei die Abfrage bei den Grundstückseigentümern zur Bereitschaft an einer Kostenbeteiligung am 23.04.2014 erfolgt. 6 von 41 Eigentümern haben sich aktiv zur Zahlung bereit erklärt, von 14 Eigentümern liege keine Antwort vor.

Im Zuge der Ermittlung der Wertsteigerung der aktuell betroffenen Grundstücke durch die Herausnahme der Leitung (Kommunale Bewertungsstelle) wurde eine Summe von ca. 370.000 € insgesamt als Wertzuwachs ermittelt. Je Eigentümer liege dieser zwischen 4 € und 81.000 €. Mit Datum vom 03.02.2015 wurden die Grundstückseigentümer mit der Bitte um Rückmeldung bis 20.02.2015 erneut angeschrieben.

Er berichtet im Weiteren, dass am 05.02.2015 der Planfeststellungsbeschluss für den beantragten Trassenverlauf durch das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe ergangen sei und die Lösung für Marquardt im Planfeststellungsbeschluss nachrichtlich erwähnt werde. Die Unterlagen müssen jedoch noch von der E.DIS AG zur Genehmigung eingereicht werden. Am 04.03.2015 erfolge die Bekanntmachung im Amtsblatt des Landes Brandenburg und in der Zeit vom 11. – 24.03.2015 die öffentliche Auslegung u.a. in der Stadtverwaltung Potsdam, Bereich Stadtentwicklung.

Im Weiteren werden die Nachfragen von Herrn Dr. Scharfenberg beantwortet, ob das Angebot der E.DIS AG, die Mehrkosten gestaffelt zahlen zu können, noch stehe, wann die Trassenerneuerung stattfindet und ob den Grundstückseigentümern übermittelt werde, wann sie welche Summe zu zahlen haben.

Die Trassenerneuerung, so der Oberbürgermeister, solle unter Berücksichtigung der genannten Fristen schnellstmöglich erfolgen. Die in Rede stehenden Mehrkosten für die Trassenverlegung in Golm werden den städtischen Haushalt mit über 3 Mio. Euro belasten und es sei die Frage zu beantworten, ob die Stadt das erbringen könne. Die Grundstückseigentümer werden informiert, dass unter der Bedingung der Umsetzung des Vorhabens entsprechende Kosten auf sie zukommen. Die Zahlungsmodalitäten/-konditionen seien dann Verhandlungsgegenstand.

Auf Nachfrage von Herrn Heinzel wird bestätigt, dass die Entschädigung der dann von der Trassenführung betroffenen Eigentümer in der Änderungsliste der Verwaltung zum Haushalt 2015/16 enthalten sei.

zu 4.8 Information - gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses mit dem Kreisausschuss Potsdam Mittelmark gemäß Beschluss: 09/SVV/0960

siehe TOP 3.2

neu Berufungseinlegung Luftschiffhafen

Frau Krusemark informiert, dass die Stadt gegen das Urteil des Landgerichts Potsdam Berufung einlegen werde, um in der zweiten Instanz zumindest zu versuchen, die Kosten für die Hallensanierung nicht allein tragen zu müssen.

neu Gemeinsame Anlaufstelle der Polizei und des Ordnungsamtes in der Tuchmacherstraße 38

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass in den Jahren 2013/2014 das Ordnungsamt 118 Mal in Anspruch genommen wurde, davon 59 Mal per Anruf. Ähnliche Ergebnisse könne die Polizei feststellen, so dass nunmehr veränderte Öffnungszeiten vereinbart wurden.

zu 5 Sonstiges

Herr Exner erläutert den Sachstand, dass nach einem Hinweis eines Sachgebietsleiters der EWP die Frage nach den Anschlüssen für die Wasserver- und Abwasserentsorgung im Raum stehe.

Problematisch sei, dass vor einem Jahr der Bereich zur Trinkwasserschutzzone 3 erklärt worden sei, und zwar nicht von der Stadt. Insofern könne hier nicht von einer „Schikane“ der Stadt gesprochen werden. Wer ein Grundstück unerschlossen erwerbe, müsse dafür sorgen, dass das Problem gelöst wird. Die Stadt habe entsprechende Klauseln in den Vertrag aufgenommen.

Herr Schüler merkt an, dass das Schreiben der EWP wohl insofern missverständlich gewesen sei, weil es um die ca. 200 Personen gegangen sei,

die dort vor kurzem gearbeitet haben und deren „toilettentechnische“ Versorgung.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass die Stadtverordnetenversammlung einen Prüfauftrag beschlossen habe und dies sei hier die erste Herausforderung.

Der Oberbürgermeister sagt zu, den Sachverhalt aufzuklären.